

Leere Kassen höhlen den Sozialstaat aus

Münsinger Forum Diakonie: Diskussion als Entscheidungshilfe für Bundestagswahl - CDU schickt keinen Vertreter



Ärzteversorgung, Pflegestandards, Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen: Vielfältige Fragen aus dem sozialen Bereich richteten Mitglieder des Münsinger Forums Diakonie gestern an vier Bundestagskandidaten aus dem Wahlkreis Reutlingen. —

Altenpflege, Ärztemangel oder die wachsende Kinderarmut: Im sozialen Bereich gibt es viele Brennpunkte. Kritische Fragen richteten Mitglieder des Münsinger Forums Diakonie gestern an die Bundestagskandidaten.

RALF OTT

Münsingen Einen neuen Weg hat das Münsinger Forum Diakonie mit der gestrigen Veranstaltung in der Begegnungsstätte Germania beschritten. Dort stellten Forumsmitglieder Fragen an die Reutlinger Bundestagskandidaten Pascal Kober (FDP), Beate Müller-Gemmeke (GRÜNE), Sebastian Waigle (SPD) und als Vertretung für Stefan Straub (LINKE) an die Tübinger Bundestagsabgeordnete der Linken, Heike Hänsel. Abgesagt hatte der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst-Reinhard Beck, die CDU entsandte auch keinen Stellvertreter. Im Vorfeld wurden kritische Fragen zur Gesundheits-, Familien-, Arbeitsmarkt- oder Sozialpolitik gesammelt. Dabei stand der Lebensalltag nicht zuletzt jener Menschen im Vordergrund, die zumeist nicht auf der Seite der Gewinner stehen.

"Die Antworten könnten vielleicht bei jenen, die noch unentschlossen sind, zur Entscheidung für eine der Parteien bei der Wahl am kommenden Sonntag beitragen", so Moderator Jens Junginger eingangs.

· "Wie kann der drohenden hausärztlichen Unterversorgung begegnet werden und vor allem den oft noch schlimmeren Folgen für die Menschen in Alten- und Pflegeheimen, da Ärzte keine Zeit mehr für Besuche im Heim finden?", fragte Karl-Heinz Mangold.

Als den Politikbereich, bei dem am meisten schief gelaufen ist, charakterisierte Müller-Gemmeke die Gesundheitspolitik. "Das Geld im System muss komplett neu verteilt werden". Ziel sei es, die Hausärzte auch im Sinne einer "sprechenden Medizin" zu stärken. Notwendig sei eine Bürgerversicherung, in die alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen müssten. Langfristig sei mehr Geld erforderlich.

Als nicht mehr funktionsfähig stufte Kober die bislang durch Umlagen finanzierten sozialen Sicherungssysteme ein. Folglich müsse ein Teil des benötigten Geldes durch den Kapitalmarkt erwirtschaftet werden. Die Krankenkassen sollten Rücklagen bilden können, forderte Kober weiter. "Die Gesundheitsreform richtet sich in jedem Fall gegen die niedergelassenen Ärzte", sagte der FDP-Kandidat und damit gegen die freie Arztwahl, die jedoch vielmehr zu stärken sei.

Einen Wandel in der Diskussion beschrieb Waigle. Das massenhafte Arztsterben sei kein Thema mehr, das Hausarztmodell vorteilhaft. Die Politik müsse aber einen "Bonus für die landärztliche Versorgung" sicherstellen. Diese Möglichkeit gebe es zwar bereits, doch die von

Fachärzten dominierten Kassenärztlichen Vereinigungen machten davon keinen Gebrauch. "Öffnet sich die KV hier nicht, dann gehört sie weg", so Weigle.

- "Wie sollen vor dem Hintergrund des wachsenden Schuldenbergs künftig die ohnehin schon eingeschränkten Standards in der Behindertenarbeit und Sozialpsychiatrie gehalten werden? Der Sparkurs gefährdet den Wiedereingliederungsanspruch, die Gefahr, Menschen nur noch zu verwahren, wächst", gab Markus Mörike zu bedenken.

Die Tatsache, dass viele Sozialleistungen auf kommunaler und Kreisebene finanziert werden, bringt Kober zur Forderung nach einer neuen Finanzierungsbasis für die Kommunen. Anstelle den Einnahmen aus der Gewerbesteuer, die zu starken Schwankungen unterliegen würde, sollten Kommunen ihre Finanzen aus der Einkommenssteuer und einem höheren Anteil an der Umsatzsteuer beziehen.

Vor dem gängigen Grundsatz, die ambulante Versorgung gegenüber der stationären Variante als günstiger einzustufen, warnte Müller-Gemmeke. Sie plädierte für die Festlegung bundesweit einheitlicher Standards und - als Vision - der Einführung eines "Bundesteilhabegeldes", wie es beispielsweise in Schweden bezahlt wird. Damit könnten Menschen mit Behinderung ihre finanziellen Nachteile eigenverantwortlich ausgleichen.

- "Seit diesem Jahr werden Altenpflegeheime nach 82 Kriterien benotet. Doch die dafür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen fehlen. Zudem fehlt es an Fachkräften". Nach Möglichkeiten der Politik, dem entgegenzuwirken, erkundigte sich Thomas Kaiser.

Für eine bundesweit einheitliche Bemessung des Personalschlüssels trat Hänsel ein. Die Pflegeversicherung sollte zusammen mit der Krankenversicherung in eine gemeinsame Bürgerversicherung integriert werden, so ihre Forderung.

Für eine höhere Wertschätzung des "Alters" sprach sich Müller-Gemmeke aus. Ihr zufolge ist sich die Politik noch nicht bewusst, welche Dimensionen das Thema hat. Unterm Strich sei eine höhere Verdienstzumessung im Pflegebereich notwendig. Letztlich müsse sich die Gesellschaft von der geringeren Wertschätzung der Berufe im sozialen Bereich verabschieden.

Gegen eine permanente Ausweitung der Kontrollen sprach sich Weigle aus. Auch er warb für eine bessere Bezahlung sozialer Berufe und obendrein seien dort neue Ausbildungsmöglichkeiten denkbar.

Kober erinnerte beim Thema Lohn an die Tarifautonomie. Letztlich sollte die Gesellschaft lernen, Politik mit "weniger Geld zu machen, sondern andere gesellschaftliche Ressourcen einzusetzen".

- Auf den gegenteiligen Effekt, nämlich den sinkenden Wert sozialer Arbeit, machte Wolfgang Schreiber aufmerksam: " Die Ausschreibungspraxis der Bundesanstalt für Arbeit im Bereich sozialer Dienstleistungen lässt Anbietern, die sich an den Lohnstandards im öffentlichen Dienst orientieren, keine Chance. Wie kann der Wettbewerb unterbunden werden?"

Für Weigle ist die Ausschreibungspraxis ein "unerfreuliches Thema". Die Verantwortlichkeit sollte auf regionaler Ebene liegen und die Ausschreibung sich an der Tariftreue der Anbieter orientieren.

Die Abschaffung der Ausschreibungspflicht forderte Müller-Gemmeke. "Es ist ärgerlich, dass die Große Koalition dies nicht umgesetzt hat".

- Nach Vorstellungen, wie die Chancengleichheit in der Bildung sich auf der Ebene der Schulen besser umsetzen lassen könnte, erkundigte sich Sven Graul.

Nach Ansicht von Kober entscheidet sich der Bildungserfolg bereits vor dem Eintritt in die Schule. Folglich plädierte er für eine verstärkte frühkindliche Bildung. Dazu gehörten auch die Sprachstandarddiagnose und die Schulbefähigungsprüfung, um bei Schwächen rechtzeitig helfend eingreifen zu können. Ziel der FDP sei es, den Anteil der Bildungsausgaben auf zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts zu erhöhen.

Neben der verstärkten frühkindlichen Bildung nannte Müller-Gemmeke die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems als entscheidenden Schritt. Der gemeinsame Unterricht aller Kinder bis zur zehnten Klasse stärke das Sozialverhalten und damit eine wichtige Schlüsselqualifikation. Sie versprach zudem, für ein "Recht auf Ausbildung" zu kämpfen, denn ohne Ausbildung sei der Weg in die Langzeitarbeitslosigkeit vorprogrammiert.

Ebenfalls für eine gemeinsame Schulbildung trat Hänsel ein. "Wird das Schulsystem nicht verändert, dann setzt sich die soziale Benachteiligung immer auf die nächsthöhere Ebene fort".

Für die Finanzierung eines Mittagessens an den Schulen durch den Bund machte sich Weigle stark. Zudem müsse die Bundespolitik für die Finanzierung der Ausbildung sorgen. Es gehe nicht an, dass mehrere tausend Euro für eine Ausbildung in einem später schlecht bezahlten Beruf bezahlt werden müssten. Nicht zuletzt kritisierte der SPD-Politiker die alleinige Hoheit der Länder in der Bildungspolitik.

- Wie die Politik auf die "auseinanderklaffende Gesellschaft" reagieren kann, wollte Ina Kinkel-Naegelsbach wissen: "Jedes sechste Kind lebt in Armut".

Für eine eigenständige "Kindergrundsicherung" warb Müller-Gemmeke. Zu deren Finanzierung solle das Ehegatten-Splitting abgeschafft werden. Diese Leistung müssten die Eltern versteuern.

Neben dem Instrument "Kindergrundsicherung" plädierte Hänsel dafür, der seit der Einführung von "Hartz IV" eingetretenen Verdoppelung der Kinderarmut rasch mit einer Überprüfung der Regelsätze entgegenzutreten.

Eine Abkehr vom System der "Freibeträge" stellte Weigle als Ziel vor. Anstelle eines pauschalen Grundsicherungsbetrages sei im Umgang mit "Hartz IV" dringend die Ermittlung des Bedarfs nötig.

Neben einer differenzierteren Betrachtung des Themas Armut regte Kober eine Entlastung der Familien durch einen höheren Grundfreibetrag und ein höheres Kindergeld an. Zudem schwebt ihm ein effizienterer Sozialstaat vor. Wünschenswerte Dinge wie zum Beispiel jetzt die kleineren Klassen im Land müssten eben auch finanzierbar sein.